

# Dr.- Ing. Günter Briese

Tel.: 030 / 675 97 28

Möbil: 0173 / 644 76 03

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Evangelische Kirchengemeinde Eichwalde

Gemeindegemeinderat

- Vorsitzende -

Frau Pfn. Christine Leu

Evangelisches Gemeindezentrum

Stubenrauchstraße 71

15732 Eichwalde

Selbstständiger Konstrukteur (1953-73), Bauleitplaner (1994)

Ing. für entwicklungsbegleitende Standardis./ Normung (1973-91)

Verantwortl. Co-Autor zweier Studien zur Substitution von Metall

durch Plastik in der gesamten Volkswirtschaft (1969-70, FuE-Planung,

Vereinlichungs-Planung, Kosten-Nutzen-Analyse)

Autor wiss. Arbeiten zur Wirtschaftsprüfung (1990),

Minimierung der Risiken internationaler Finanzmärkte (1997) und

Wirtschafts- und Arbeitsmarktabstimmung mit steuer- und finanz-

politischen Mitteln in EU und Deutschland (2003-2004)

Akad.-Dozent für Mathematik, Physik und techn. Fächer (1957-64)

Bauführer des Landessozialamtes Cottbus für Lehr- und Vortragstätigkeit

zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen (1994);

DMB-Rechtsberater und Bearbeiter jurist. Grundsatzfragen (1990-96)

urlaubsbedingt über Stellv. GKR-Vors. Frau Regine Bädelt

Mein Schreiben vom

Eichwalde, den 4. Oktober 2013

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

**Sicherstellung kirchlicher Gemeindearbeit sowie des Schutzes von  
Gesundheit und Leben der Bürger im BER-Umfeld gegen eine BER-Inbetriebnahme;  
B. i t t e um vorherige kirchliche Intervention**

Liebe Frau Pfn. Chr. Leu,

liebe Frau R. Bädelt,

liebe Brüder und Schwestern des Gemeindegemeinderates,

anliegend übersende ich Ihnen meine Schreiben vom 3. Oktober 2013 zu vorgeh.

Betreffend an die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz  
sowie das Erzbistum Berlin zur Information für die kirchliche Arbeit.

Ich würde mich freuen, wenn sich der Gemeindegemeinderat unserer Kirchengemeinde,  
unser Pfarrsprengel und unser Kirchenkreis entschließen würden, das Anliegen  
zu unterstützen, da dies m.E. in unser aller Interesse wäre.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Günter Briese

1969



2009

Prom. als Externer mit Untersuchungen zur  
Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen

Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde

Tel.: (030) 6759728, Handy: 0173.6447603

Vier Jahrzehnte Autor  
zu Volkswirtschaftsthemen  
in zwei Wirtschaftssystemen

Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-  
- schlesische Oberlausitz  
- Konsistorium -  
Theologischer Grundsatzreferent,  
Herrn Pfr.Dr.Eckhard Zembrich

Georgenkirchstraße 69

1 0 2 4 9 B e r l i n

- 1969/70 Leiter priv. interdisziplin. Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin mit den Co-Autoren:  
Dr. Wilfried Schaaf, Zentrallabor. f. Plastikverarb. Leipzig, Dipl.-Phys. Dieter von Strauvitz, Techn. Univers. Dresden
- 1966 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Austauschbau Plastikverarbeitung
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftl. Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Univ. Berlin
- 1980 Wiss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Zuverlässigkeit MSR-Geräteind.
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Plan- zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NEUES FORUM an Zentr. Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations- Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) zur Bewältigung der Globalisierung noch vor EURO-Einführung (Tobin-Steuer an Oppos.-Parteien Bundestag)
- 2003/04 Vorschläge zur Einführung des BSP als volkswirtschaftliche Kenngröße als Beitrittskriterium zur EURO-Zone, an die Bundesregierung und die Landesregierung Brandenburg
- 2008/09 Vorschläge zu kurz- und längerfristigen Maßnahmen zu einer Bewältigung der Welt- Finanz- und -Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

Eichwalde, am 3. Oktober 2013

Az.: Io + EG

Sicherstellung kirchlicher Gemeindegemeinschaften sowie des Schutzes von  
Gesundheit und Leben der Bürger im BER-Umfeld gegen eine BER-Inbetriebnahme,  
Bitte um vorherige kirchliche ökumenische Intervention;

Ihr Schreiben vom 2. Mai 2013, Gz. 2.1., Az. 3563-07:2,  
mein Schreiben vom 13. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Pfr. Dr. Zembrich,

für Ihr vorgehen. Schreiben i.A. von Herrn Bischof Dr. Markus Dröge danke ich Ihnen und möchte  
hiermit meine Bitte um bischöfliche Intervention bzw. eine solche des Konvents mit Hinweis auf  
das Schreiben der Staatskanzlei Brandenburg, Flughafenkoordination, vom 25. September 2013 wieder-  
holen, da das Schreiben keinerlei Bezug auf grundgesetzliche Bürgerrechte, Menschenrechte, Men-  
schenrechtskonventionen und EU-Recht erkennen läßt.

BER-Projekt-Kritiker, wie Bürgerinitiativen und Verbände, z.B. BVBB u.a.m., haben m.W. bei der  
Einarbeitung in die Problematik nicht nur keinerlei echte Unterstützung durch die Landesregierun-  
gen Berlin und Brandenburg oder die Bundesregierung erfahren, sondern es wurde versucht, sie  
durch immer neue Maßnahmen zu behindern, zu täuschen, ihre Arbeitsergebnisse zu relativieren und  
sie gemäß Pressemeldungen, amtlicherseits bestätigt, auch noch zu beobachten, überwachen.

Zum Nachweis unseres verfassungskonformen und rechtsstaatlichkeitsstärkenden Wirkens sah ich mich  
deshalb veranlaßt, Herrn Dr. Woidke als damaligen Innenminister des Landes Brandenburg dies dezi-  
diert darzulegen.

Darüber hinaus unterstützt unsere örtlich-regionale Gruppierung die Arbeit der Sicherheitsbehör-  
den auch dadurch, daß eigne Aktivitäten grundsätzlich über das Internet der Allgemeinheit zu-  
gänglich gemacht werden - daß eine Überwachung dadurch entfallen sein könnte, ist allerdings m.W.  
noch nicht belegt.

Es wäre deshalb schon allein moralisch hilfreich, wenn hierzu eine grundsätzliche allgemeine Erklärung der Kirchen zur Anmahnung der Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten beim BER-Projekt erfolgen würde, ohne dazu dezidiert Vorwürfe zu erheben. Darum bitte ich.

Für die fachliche Bearbeitung der Thematik innerhalb des Ständigen Ausschusses der Landessynode für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gestatte ich mir, Ihnen die Anlagen gemäß Anlagenverzeichnis beizulegen.

Wie Sie aus dem Schreiben der Staatskanzlei Brandenburg vom 25. September 2013 (Anl.26) ersehen können, verläßt sich die Landesregierung augenscheinlich noch immer weitgehend auf die Flughafengesellschaft, deren Argumente sich in keinem Punkt als juristisch tragend erwiesen.

Das Vertrauen zur Flughafengesellschaft ist ferner auch infrage zu stellen nach Kenntnisnahme der Veröffentlichung von Matthias Röth "Der Hauptstadt-Flughafen, Politik und Mißmanagement - Ein Insider berichtet", Klampen-Verlag 2013, welche ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen möchte. Gleiches gilt auch für das Kurzgutachten zur Möglichkeit einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses "Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld" auf der Grundlage des dort vorgesehenen Vorbehalts, von der CDU-Landtagsfraktion Brandenburgs herausgegeben mit dem Titel "Ausweitung des Nachtflugverbots am zukünftigen Flughafen "Willy Brandt"", sowie zum lärmfolgeschädenbezogenen Journal der Ärztekammer Rheinland-Pfalz, verteilt anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung unter Anwesenheit des Verkehrspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herrn Dr. Hofreiter, in Eichwalde.

Wegen der anhaltenden Inaktivität der Exekutive in Bezug auf die Lösung selbst existenzgefährdender Probleme zum BER-Projekt bis hin zum Gegensteuern gegen Aktivitäten von BER-Projekt-Kritikern haben wir inzwischen die Problematik mit einem "Offenen Brief" als Zusendung für alle Landtagsabgeordneten an Herrn Landtagspräsident Gunter Fritsch herangetragen. Hierzu wird Ihnen noch separat Nachricht zugehen.

Es kann ja nicht sein, daß der Rücktritt des ehemaligen Geschäftsführers, des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, das letzte Wahlergebnis, wonach selbst die für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auch zum BER-Projekt zuständige Staatssekretärin abgewählt worden ist und die Verletzung u.W. gleich dreier ICAO-Vorschriften übergeordneten EU-Rechts beim BER-Projekt praktisch völlig folgenlos bleiben kann, wenn beim EuroHawk-Projekt schon allein eine Verletzung einer ICAO-Vorschrift rechtskonform zum Abbruch des Projektes führte!

Mit den besten Wünschen für den Erfolg kirchlicher Arbeit zu diesem Problemkreis verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

  
Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anl a g e n g e m. Anlagenverzeichnis

## A n l a g e n v e r z e i c h n i s

zum Schreiben vom 3.Oktober 2013

(Anlagen fortlaufend zu meinem vorausgegangenen Schreiben nummeriert):

Anl.26: Schreiben der Flughafenkoordination der Staatskanzlei Brandenburg vom 25.September 2013

Anl.27: Schreiben von Dr.G.Briese vom 29.August 2013 an Herrn Ministerpräsident Dr.Dietmar Woidke (Bezugs-Schreiben für Anl.26)

Anl.28: Schreiben von Dr.G.Briese vom 26.September 2013 an Herrn Ministerpräsidenten Dr.Dietmar Woidke (Antwort-Schreiben zu Anl.26)

Anl.29: Schreiben von Dr.G.Briese vom 22.September 2013 an den Flughafen Berlin-Brandenburg (Antwort-Schreiben auf das Schreiben des Flughafens Berlin-Brandenburg vom 17.September 2013, welches in Anl.26 von der Staatskanzlei Brandenburg als Antwort auf Anl.27 zitiert wurde)

Anl.30: Schreiben des Flughafens vom 17.September 2013 (vgl. vorstehend gen. Anlagen)

Anl.31: Schreiben von Dr.G.Briese vom 29.August 2013 (Mahn-Schreiben zur Beantwortung von Anl.32)

Anl.32: Schreiben von Dr.G.Briese vom 14.August 2013 mit Bezug auf die Fragen vom 25.Okt.2012 (Grundlage für das Antwort-Schreiben des Flughafens gem. Anl.30 und damit für das Schreiben der Staatskanzlei gem. Anl.26)

Dr. Günter Briese

Prom. als Externer mit Untersuchungen zur Systematisierbarkeit von Entwurfsprozessen

Stubenrauchstr. 71, 15732 Eichwalde

Tel.: (030) 6759728, Handy: 0173.6447603

Erzbistum Berlin  
- Katholisches Büro Berlin-Brandenburg -  
Frau Dr. Martina Köppen

Chausseestraße 128/129

1 0 1 1 5 B e r l i n

Sicherstellung kirchlicher Gemeindearbeit sowie des Schutzes von  
Gesundheit und Leben der Bürger im BER-Umfeld gegen eine BER-Inbetriebnahme,  
B i t t e um vorherige kirchliche ökumenische Intervention;  
Ihr Schreiben vom 28. Mai 2013

Sehr geehrte Frau Dr. Köppen,

für Ihr vorgehen. Schreiben i.A. von Herrn Kardinal Woelki danke ich Ihnen und möchte hiermit meine Bitte um bischöfliche Intervention mit Hinweis auf das Schreiben der Staatskanzlei Brandenburg, Flughafenkoordination, vom 25. September 2013 wiederholen, da das Schreiben keinerlei Bezug auf grundgesetzliche Bürgerrechte, Menschenrechte, Menschenrechtskonventionen und EU-Recht erkennen läßt.

BER-Projekt-Kritiker, wie Bürgerinitiativen und Verbände, z.B. BVBB u.a.m., haben m.W. bei der Einarbeitung in die Problematik nicht nur keinerlei echte Unterstützung durch die Landesregierungen Berlin und Brandenburg oder die Bundesregierung erfahren, sondern es wurde versucht, sie durch immer neue Maßnahmen zu behindern, zu täuschen, ihre Arbeitsergebnisse zu relativieren und sie gemäß Pressemeldungen, amtlicherseits bestätigt, auch noch zu beobachten, überwachen.

Zum Nachweis unseres verfassungskonformen und rechtsstaatlichkeitsstärkenden Wirkens sah ich mich deshalb veranlaßt, Herrn Dr. Woidke als damaligen Innenminister des Landes Brandenburg dies gezielt darzulegen.

Darüber hinaus unterstützt unsere örtlich-regionale Gruppierung die Arbeit der Sicherheitsbehörden auch dadurch, daß eigne Aktivitäten grundsätzlich über das Internet der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden - daß eine Überwachung dadurch entfallen sein könnte, ist allerdings m.W. noch nicht belegt.

1969



2009

Vier Jahrzehnte Autor  
zu Volkswirtschaftsthemen  
in zwei Wirtschaftssystemen

- .....
- 1969/70 Leiter priv. interdisziplin. Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft i.A. des ANW Berlin mit den Co-Autoren: Dr. Wilfried Schaaf, Zentrallabor. f. Plastikverarb. Leipzig, Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, Techn. Univers. Dresden
  - 1966 Viss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Austauschbau Plastikverarbeitung
  - um 1975 Analyse des volkswirtschaftl. Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Univ. Berlin
  - 1980 Viss. Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen Sinken des wiss.-techn. Niveaus / Zuverlässigkeit MSR-Gerätebau
  - Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Plan- zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Stimuli über NEUES FORUM an Zentr. Runden Tisch und Regierung
  - 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Bämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (feste Wechselkurse) zur Bewältigung der Globalisierung noch vor EURO-Einführung (Tobin-Steuer an Oppos.-Parteien Bundestag)
  - 2003/04 Vorschläge zur Einführung des BSP als volkswirtschaftliche Kenngröße als Beitrittskriterium zur EURO-Zone, an die Bundesregierung und die Landesregierung Brandenburg
  - 2008/09 Vorschläge zu kurz- und längerfristigen Maßnahmen zu einer Bewältigung der Welt- Finanz- und -Wirtschaftskrise sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

Eichwalde, am 3. Oktober 2013

Az.: Io + EG

Es wäre deshalb schon allein moralisch hilfreich, wenn hierzu eine grundsätzliche allgemeine Erklärung der Kirchen zur Annahmung der Einhaltung von Bürger- und Menschenrechten beim BER-Projekt erfolgen würde, ohne dazu dezidiert Vorwürfe zu erheben. Darum bitte ich.

Davon unabhängig kann die fachliche und juristische Arbeit zur Thematik im Katholischen Büro oder in einer andren Dienststelle der Katholischen Kirche ohne ein Herantreten an die Öffentlichkeit erfolgen. Hierfür gestatte ich mir, Ihnen die Anlagen gemäß Anlagenverzeichnis beizulegen.

Wie Sie aus dem Schreiben der Staatskanzlei Brandenburg vom 25. September 2013 (Anl. 26) ersehen können, verläßt sich die Landesregierung augenscheinlich noch immer weitgehend auf die Flughafengesellschaft, deren Argumente sich in keinem Punkt als juristisch tragend erwiesen.


Das Vertrauen zur Flughafengesellschaft ist ferner auch infrage zu stellen nach Kenntnisnahme der Veröffentlichung von Matthias Roth "Der Hauptstadt-Flughafen, Politik und Mißmanagement - Ein Insider berichtet", Klampen-Verlag 2013, welche ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen möchte. Gleiches gilt auch für das Kurzgutachten zur Möglichkeit einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses "Ausbau Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld" auf der Grundlage des dort vorgesehenen Vorbehalts, von der CDU-Landtagsfraktion Brandenburgs herausgegeben mit dem Titel "Ausweitung des Nachtflugverbots am zukünftigen Flughafen "Willy Brandt", sowie zum lärmfolgeschädenbezogenen Journal der Ärztekammer Rheinland-Pfalz, verteilt anlässlich einer Wahlkampfveranstaltung unter Anwesenheit des Verkehrspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herrn Dr. Hofreiter, in Eichwalde.

Wegen der anhaltenden Inaktivität der Exekutive in Bezug auf die Lösung selbst existenzgefährdender Probleme zum BER-Projekt bis hin zum Gegensteuern gegen Aktivitäten von BER-Projekt-Kritikern haben wir inzwischen die Problematik mit einem "Offenen Brief" als Zusendung für alle Landtagsabgeordneten an Herrn Landtagspräsident Gunter Fritsch herangetragen. Hierzu wird Ihnen noch separat Nachricht zugehen.

Es kann ja nicht sein, daß der Rücktritt des ehemaligen Geschäftsführers, des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, das letzte Wahlergebnis, wonach selbst die für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung auch zum BER-Projekt zuständige Staatssekretärin abgewählt worden ist und die Verletzung u.W. gleich dreier ICAO-Vorschriften übergeordneten EU-Rechts beim BER-Projekt praktisch völlig folgenlos bleiben kann, wenn beim EuroHawk-Projekt schon allein eine Verletzung einer ICAO-Vorschrift rechtskonform zum Abbruch des Projektes führte!

Mit den besten Wünschen für den Erfolg kirchlicher Arbeit zu diesem Problemkreis verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

  
Dr. G. Briese, EICHWALDER BEI FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

Anlagen gem. Anlagenverzeichnis

## A n l a g e n v e r z e i c h n i s

zum Schreiben vom 3. Oktober 2013

(Anlagen fortlaufend zu meinem vorausgegangenen Schreiben nummeriert):

- Anl.26:** Schreiben der Flughafenkoordination der Staatskanzlei Brandenburg vom 25. September 2013
- Anl.27:** Schreiben von Dr.G.Briese vom 29. August 2013 an Herrn Ministerpräsident Dr.Dietmar Woidke (Bezugs-Schreiben für Anl.26)
- Anl.28:** Schreiben von Dr.G.Briese vom 26. September 2013 an Herrn Ministerpräsidenten Dr.Dietmar Woidke (Antwort-Schreiben zu Anl.26)
- Anl.29:** Schreiben von Dr.G.Briese vom 22. September 2013 an den Flughafen Berlin-Brandenburg (Antwort-Schreiben auf das Schreiben des Flughafens Berlin-Brandenburg vom 17. September 2013, welches in Anl.26 von der Staatskanzlei Brandenburg als Antwort auf Anl.27 zitiert wurde)
- Anl.30:** Schreiben des Flughafens vom 17. September 2013 (vgl. vorstehend gen. Anlagen)
- Anl.31:** Schreiben von Dr.G.Briese vom 29. August 2013 (Mahn-Schreiben zur Beantwortung von Anl.32)
- Anl.32:** Schreiben von Dr.G.Briese vom 14. August 2013 mit Bezug auf die Fragen vom 25. Okt. 2012 (Grundlage für das Antwort-Schreiben des Flughafens gem. Anl.30 und damit für das Schreiben der Staatskanzlei gem. Anl.26)